Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1533

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Deutsche Bundesbahn.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird verpflichtet, dem Bundestag umgehend die von der ECA-Mission überreichten Forderungen in Bezug auf die Bundesbahnen, die sich auf das Gutachten der Firma Coverdale und Colpitt, Newyork, stützen, zur Stellungnahme vorzulegen.
2. Die am 21. Oktober 1949 beschlossene Entlassungssperre für die Bundesbahn wird nicht aufgehoben.
3. Die Gewährung der Ruhegehälter und sozialen Leistungen an die umgesiedelten Eisenbahner bzw. deren Hinterbliebene wird in keiner Weise angetastet.
4. Die in dem Gutachten verlangte Belegschaftsminderung von 20 %, die Verminderung der Zahl der Bahnhofsbediensteten bei großen Personenbahnhöfen um 15 %, bei den Güterabfertigungen um 10 bis 12 % und bei kleineren Bahnhöfen um 20 bis 30 % wird nicht durchgeführt.
5. Jede Tarifänderung, vor allem im Berufsverkehr, bedarf der Zustimmung des Bundestages.

Bonn, den 2. November 1950

Kohl (Stuttgart) **und Fraktion**

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1